

WIE FREMDENFEINDLICHKEIT GEMACHT WIRD

bar entzündliche Prozesse hinzu. Abwehrzellen werden angelockt und dringen in die Arterienwand ein. Das Gefäss verliert seine Elastizität, und die innere Auskleidung der Ader wird marode. Zudem strapazieren Zucker, Nikotin und andere Gifte im Blutstrom das Gefäss und schädigen das dünne Häutchen über der Plaque. Bricht das Häutchen auf, bildet sich in Sekundenschnelle ein tödliches Gerinnsel.

MOMENTAUFNAHME DES INFARKTS

Bisher konnte man das Infarktmaterial nur bei Verstorbenen entnehmen. Dort lag der Herzinfarkt aber bereits Stunden zurück. «Diese nachträglichen Befunde hatten nicht die gleiche Aussagekraft für die Beurteilung des Infarktgeschehens wie das frische Material», sagt Maier. Mit ihrer Methode erhalten die Zürcher Kardiologen so eine Momentaufnahme der vielfältigen Prozesse, die zur Zeit des Infarktes zwischen Zellen, Botenstoffen und Gefässwand abgelaufen sind. Werte aus dem Infarktbereich werden daraufhin mit Blutwerten aus der Peripherie des Körpers verglichen. Dies gilt auch für verschiedene Entzündungsmarker wie das CRP. So hoffen die Mediziner, die Bedeutung der Entzündung für den Herzinfarkt bald besser erklären zu können.

KONTAKT PD Dr. Willibald Maier, Abteilung für Invasive Kardiologie des Departements für Innere Medizin am Universitätsspital Zürich, willibald.maier@usz.ch, karmaiew@usz.unizh.ch

ZUSAMMENARBEIT Prof. Arnold von Eckardstein, Institut für Klinische Chemie, USZ; Prof. Steffen Gay, Experimentelle Rheumatologie USZ/WHO Collaboration Center; Prof. Felix Tanner, wissenschaftliche Forschungsgruppe der Kardiologie, USZ

FINANZIERUNG Universität Zürich

Das «Schweizermachen» ist ein politischer Prozess. Ob jemand eingebürgert wird, entscheiden die Gemeinden. Marc Helbling und Hanspeter Kriesi untersuchen, wie stark Fremdenfeindlichkeit diese Entscheide beeinflusst. Von Thomas Gull

Am 9. Juli 2005 veröffentlichte das Bundesgericht einen wegweisenden Entscheid: Nach Auffassung des höchsten Gerichts im Lande verletzen Volksabstimmungen über Einbürgerungsgesuche die Verfassung. Das Bundesgericht begründet sein Verdikt damit, die Einbürgerung sei ein administrativer Prozess. Eine Ablehnung müsste deshalb begründet werden und anfechtbar sein. Beides ist bei einer Volksabstimmung nicht möglich.

Anlass für den Richterspruch aus Lausanne waren zwei Fälle, die beurteilt werden mussten: Die Initiative «Einbürgerungen vors Volk» der SVP des Kantons Zürich, die für verfassungswidrig erklärt worden war, und die Beschwerde eines Ausländers, dessen Einbürgerungsgesuch die Gemeinde Emmen an der Urne abgelehnt hatte. Während die SVP vor Bundesgericht abblitzte, erhielt der Ausländer Recht, der argumentierte, der Urnenentscheid sei diskriminierend. Seit dem Verdikt des Bundesgerichts sind die Urnenabstimmungen über Einbürgerungsgesuche in der Schweiz entweder abgeschafft oder sistiert. Der Entscheid der Lausanner Richter hat somit weitreichende politische Konsequenzen. Ob sich das Gericht jedoch überhaupt so weit aus dem Fenster lehnen und in politische Prozesse einmischen darf, ist nach wie vor umstritten.

EINBÜRGERUNGEN ALS POLITISCHE ENTSCHEIDE

Faktisch sind Einbürgerungen keine administrativen, sondern politische Entscheide. An diesem Punkt hakt der Politologe Marc Helbling ein: Für seine Dissertation im Rahmen eines Nationalfondsprojekts unter der Leitung von Hanspeter Kriesi untersucht er die Einbürgerungsprozesse in der Schweiz. Damit eröffnet sich im wissenschaftlichen Diskurs um die Ein-

bürgerungen ein neues Feld. Bisher beschäftigten sich vor allem Juristen mit den Einbürgerungsverfahren. Helbling analysiert sie nun als Ausdruck politischer Willensbildung, die Rückschlüsse auf den Grad der Fremdenfeindlichkeit in einzelnen Gemeinden zulässt. «Mit der Untersuchung der Einbürgerungspraxis können wir mehr über die Ausschlussmechanismen und das Verhältnis zwischen Schweizern und Ausländern erfahren», erklärt Helbling.

Die Studie wird in zwei Etappen realisiert: Zuerst wurden in einer quantitativen Umfrage die Einbürgerungsprozesse in rund 200 Schweizer Gemeinden analysiert. In einem zweiten Schritt werden in 15 dieser Gemeinden Fallstudien gemacht. Der erste Teil des Projektes ist bereits abgeschlossen – mit interessanten Resultaten. Es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Art, wie über Einbürgerungen befunden wird, entscheidenden Einfluss auf die Ablehnungsquote hat. Befindet das Volk an der Urne über Einbürgerungen, ist die Ablehnungsquote massiv höher. In Gemeinden mit Volksabstimmungen werden durchschnittlich 23 Prozent mehr Gesuche abgelehnt. Für die anderen Einbürgerungsmodi konnten zwar keine statistisch signifikanten Einflüsse ausfindig gemacht werden. In vielen Gemeinden, in denen an der Gemeindeversammlung oder im Gemeindeparlament über Einbürgerungsanträge entschieden wird, werden jedoch ebenfalls relativ viele Gesuche abgelehnt.

Grossen Einfluss auf die Ablehnungsquote hat auch die Anzahl der Gesuche. Wenn zwischen 1990 und 2002 maximal neun Gesuche vorgelegt wurden, gab es in den untersuchten Gemeinden überhaupt keine ablehnenden Entscheide. Bei mehr als neun Gesuchen stieg die Quote bis auf über 30 Prozent. Eine Erklärung

für diese Beobachtung haben Helbling und Kriesi noch nicht gefunden. Es muss noch untersucht werden, ob in kleinen Gemeinden Ausländer einfach besser integriert sind, oder ob vielmehr eine antizipierende restriktive Einbürgerungspolitik potenzielle Antragsteller abschreckt und somit nur über Gesuche befunden wird, die eine gute Chance auf Einbürgerung haben.

MEHR SVP – WENIGER EINBÜRGERUNGEN

Je nachdem, auf welche Weise über Einbürgerungen entschieden wird, kann die Bevölkerung gegen missliebige Gesuche mehr oder weniger gut mobilisiert werden. Die Umfrage hat gezeigt, dass ein vorherrschendes restriktives Staatsbürgerverständnis oder der Einfluss der SVP auf die Gemeindepolitik die Ablehnungsquote erhöhen. Dies bestätigt einerseits Helblings und Kriesis Hypothese, dass die Einstellung zu Ausländern und die aufgestellten Kriterien zur Erlangung der Schweizer Staatsbürgerschaft stark von der eigenen Vorstellung der nationalen Identität abhängen. Andererseits

wird deutlich, dass es sich bei Einbürgerungen um politische Entscheidungen handelt, die beeinflusst werden können.

In der zweiten Phase seiner Studie wird Helbling nun diese politischen Prozesse untersuchen, die hinter den Entscheidungen in den einzelnen Gemeinden stehen. Denn selbst bei ähnlichen prozeduralen Rahmenbedingungen gibt es Unterschiede, die erklärt sein wollen. Sie sind letztlich das Produkt eines politischen Prozesses. In Emmen etwa wurden die Einbürgerungsentscheide erst dem Volk vorgelegt, nachdem die Schweizer Demokraten dies mit einer Initiative verlangt hatten. Im Kanton Zürich wurde mit «Einbürgerungen vors Volk» die gleiche Strategie verfolgt. Offenbar ist die SVP zum Schluss gekommen, dass Volksabstimmungen das erfolgreichste Instrument sind, um Einbürgerungen zu verhindern.

Gute Rahmenbedingungen alleine reichen jedoch nicht aus. Entscheidend ist, wie für oder gegen die Einbürgerungen mobilisiert wird. Helbling geht davon aus, dass die unterschiedlichen Ausprägungen der Fremden-

feindlichkeit, die sich in den Ablehnungsquoten spiegeln, nicht die Folge «natürlicher» Xenophobie sind, sondern das Ergebnis eines politischen Prozesses, in dem verschiedene Akteure eine Rolle spielen. Fremdenfeindlichkeit ist demnach ein politisches Konstrukt.

Gerade für den lokalen Rahmen sind die Kräfte und Faktoren, die Einbürgerungsentscheide beeinflussen, nur schwer zu verallgemeinern. Das gilt etwa für die von Forschern formulierte Hypothese, eine hohe Arbeitslosigkeit steigere die Fremdenfeindlichkeit. «Das stimmt so nicht», stellt Helbling fest. Gemeinden mit tiefer Arbeitslosigkeit können fremdenfeindlicher sein als solche mit hoher. «Die wirtschaftliche Situation wird erst relevant, wenn sie politisch instrumentalisiert wird.» Wie dies im Meinungsbildungsprozess geschieht, werden die Fallstudien zu erklären versuchen.

KONTAKT Prof. Hanspeter Kriesi, hanspeter.kriesi@pwi.unizh.ch, Marc Helbling, helbling@pwi.unizh.ch, Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich

FINANZIERUNG Schweizerischer Nationalfonds



Wann ist ein Schweizer ein Schweizer? Zürcher Politologen untersuchen die Mechanismen der Einbürgerung.